Dresden 1881.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzelne Nummer 10 Pfge.

Auflage 35000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme außerdem: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Im Neubau nur an Wochentagen: Pfeifergasse Nr. 5 bis Nachm. 3 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Hauptstr. **Gersdorf & Pfeiffer** Hauptstr.
Dresden-Neustadt,
Ecke des Obergrabens.
Rouleaux-Leinen gestreift in allen vorkommenden Breiten.
Marquisen-Leinen in allen vorkommenden Breiten.
Prinzip: Schneller Umsatz bei geringem Nutzen und festen Preisen.

Hotel zum Bad in Tharandt,
herrlichster, angenehmster Aufenthalt in Tharandt, empfiehlt hochgeehrten Herrschaften, Vereinen, Touristen etc. schön behaglich möblirte Wohnungen mit oder ohne Pension, sowie Garten, Saal, Restauration und Kegelbahn. Stets frische Forellen, vorzügliche Küche, Keller und Bedienung. Ausspannung. Hochachtungsvoll
H. W. Donner, Besitzer.

Küchen-Einrichtungen
sämmtliche Küchenmöbel nebst Geschirre und Zubehör)
F. Bernh. Lange,
Haus- und Küchen-Bazar,
Amalienstrasse 6 u. 7 (Haus Fürstenhof).

Nr. 149. Witterung vom 28. Mai: Barometer nach Oskar Reichold, Waisenstraße 15 (Hdl. 6 U.) 760 Mill., seit gestern 4 Mill. gestiegen. Thermometerstr. n. Reaum.: 14,0 W., wieder. Temp. 11,0 R., höchste Temp. 16,0 R. Nord-Ost-Wind. Ziehst, aufheiternd.

Aussichten für den 29. Mai: Veränderlich, warm, fortdauernd Gewitterneigung.

Sonntag, 29. Mai.

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Noch trennen uns einige Monate von der nächsten Reichstagswahl, aber wir sind bereits in die Wahlbewegung eingetreten. Selbst der Umstand, daß in wenigen Wochen zunächst die Ergänzungswahlen für den sächsischen Landtag bevorstehen, hat auf die Reichstagswahlagitation keine aufschiebende Wirkung zu äußern vermocht. Wahrscheinlich hat die sozialdemokratische Partei bereits in all' der Stille und Behutsamkeit, welche ihr das Gesetz rathsam erscheinen lassen, ihre Kandidaten aufgestellt; sie sammelt auch Beiträge für den Wahlfonds. Nächstdem entwickelt, in Sachsen wenigstens, die Fortschrittspartei ziemliche Rührigkeit. Ihre Vorbereitungen müssen schon weit gediehen sein. In den Reichstag hat Sachsen außer dem Abgeordneten Streit-Zwickau nur einen einzigen Fortschrittler gesandt, den Abgeordneten Eysoldt; dieser aber wird, wie die Stimmung im Wahlkreise Pirna-Schandau-Sebnitz ist, nicht wieder gewählt, da er zu auffällig mit den Sozialdemokraten geliebäugelt hat. Die Zugehörigkeit zur Fortschrittspartei des Reichstags erscheint überhaupt dem Volke aus zwei Gründen anstößig: einmal weil jene Partei die Vorhut der Sozialdemokratie bildet und sodann weil sie die Geschäfte der Freihändler und der Kinder Israels besorgt, die sie gängeln und unterhalten. Das ganze Thun und Treiben der Fortschrittspartei hier zu Lande läuft faktisch darauf hinaus, den verbündeten Sozialdemokraten und judaisirten Freihändlern die Wege zu ebnen und die Bahn freizumachen. Anders ist die Art nicht zu verstehen, wie die Fortschrittspartei in die Reichstagswahlagitation für Dresden und dessen Umgebung eingetreten ist. Man sollte meinen, die Erfahrungen bei der letzten Wahl hätten denn doch eine eindringliche Lehre ertheilt. Nur das Zusammenhalten und das eifrige einmüthige Unterstützen eines einzigen Ordnungsmannes durch alle Ordnungsparteien kann zur Niederlage Bebel's führen. Es reicht nicht aus, daß bei der Stichwahl die in der sichtlichsten Minorität verbliebene Fortschrittspartei in lauen Worten ihren Genossen anheimgiebt, doch nun für den Ordnungskandidaten und gegen den Sozialdemokraten einen Stimmzettel abzugeben. Wenn zuvor in der Wahlagitation die gegenseitigen Kandidaten durchgehechelt, in ihren Schwächen bloßgestellt, Haß und Verbitterung berghoch aufgehäuft sind, dann fruchtet erfahrungsgemäß ein solches Hinüberkommandiren nur Wenig. Von Haus aus muß der gute Wille vorhanden und bethätigt sein.

Was erleben wir aber an der Fortschrittspartei? Sie weist das Angebot der Konservativen und Liberalen, den Rechtsanwalt Dr. Schaffrath als gemeinsamen Kandidaten für Altstadt-Dresden aufzustellen, zurück. Freilich hat derselbe einige unverzeihliche Gebrechen. Er steht in der Treue gegen den König und das sächsische Heimathland hinter Niemandem zurück; er ist ein unabhängiger, freidenkender, sich von der orientalischen Clique nicht leiten lassender Mann, er hält die Fortdauer gesetzlicher Maßregeln zum Schutze gegen die grundstürzenden Agitationen der Sozialdemokratie für geboten. Das Alles paßt dem linken Flügel der Fortschrittspartei nicht. Sie verlangt einen Abgeordneten, der vor allen Dingen die Aufhebung des Sozialistengesetzes fordert, damit die Wühlerei aufs Neue losgehen und frischweg an der Erschütterung der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse gearbeitet werden kann. Wer der Erkorne der Fortschrittspartei für das linke Elbufer sein wird, wissen wir zur Zeit noch nicht genau; wohl aber ist stadtbekannt, wieviel von persönlicher Rancüne, kneipendem Ehrgeiz, unterleibskranker Eitelkeit mit hineinspielt. Schon beginnt das Verdächtigen desjenigen Kandidaten, mit dessen Wahl die Stadt Dresden nur Ehre einlegen würde: des Herrn Oberbürgermeister Dr. Stübel. Was Alles die Wahl gerade dieses Bürgers empfehlenswerth erscheinen läßt, darauf wird unser Blatt noch des Oefteren zurückkommen. Die Ehrenhaftigkeit und Lauterkeit seines Charakters, die Biederkeit seiner Gesinnung, seine hohe Intelligenz und Geschäftstüchtigkeit, seine eingehende Kenntniß der gewerblichen Verhältnisse, sein Fernbleiben vom politischen Parteigetriebe machen es weder dem Einzelnen schwer, ihm seine Stimme zu geben, noch uns, für seine Kandidatur einzutreten. Für heute genüge der Hinweis, daß die Vertretung unserer Stadt durch ihr Oberhaupt in Berlin für die so vielseitigen Interessen der sächsischen Residenz, für manche Lebensfrage ihrer Bewohner nur von dem größten Vortheil sein kann. Die Verblendung jedoch, mit welcher die Fortschrittspartei die Wahl Dr. Stübel's links der Elbe zu hintertreiben beflissen ist, tritt auch rechts der Elbe zu Tage. Erinnere man sich, wie schwierig die Wahl des Generalstaatsanwalts Dr. v. Schwarze gegen den Sozialdemokraten Liebknecht war. Auf diesem gefährlichen Terrain besitzt die Fortschrittspartei den traurigen Leichtsinn, einen eigenen Kandidaten zu präsentiren. Man sollte denken, wir könnten uns gratuliren, in Berlin einen so ausgezeichneten Vertreter zu besitzen, der, was Wissen, Fleiß und Tüchtigkeit anlangt, eine Zierde des Reichstags bildet und der seine großen Talente als einer der arbeitsamsten Volksvertreter verwerthet. Hilft ihm Alles Nichts. Um einen Sozialdemokraten an seine Stelle zu wählen, stellt die Fortschrittspartei zum Schein einen eigenen Vertreter auf, einen wahren Durchfallskandidaten. Das gleiche gefährliche Spiel treibt sie im Plauenschen Grunde; auch hier zieht sie gegen Ackermann einen eigenen Durchfallskandidaten aus der Tasche. Diese Vorgänge bedürfen keiner Erläuterung. Sie öffnen dem Blindesten die Augen: Sozialdemokraten, Freihändler und Semiten bedienen sich der Fortschrittspartei als Stemmeisens. Es ist ein Jammer, daß sich diese einst so achtungswerthe Partei zu dieser Rolle hergiebt. Noch hoffen wir, daß das Gros dieser Partei das leichtsinnige Spielen mit dem Feuer, das ihre Führer treiben, nicht gutheißt. Thäte sie es, so schiede sie auch für uns aus der Reihe der Ordnungsparteien aus.

Rascher als Freund und Feind erwarteten, ist der Vertrag über den Eintritt Hamburgs in den Zollverein zu Stande gekommen. Die Kunde von diesem Ereigniß wird in ganz Deutschland mit aufrichtiger Genugthuung aufgenommen werden. Was Hamburg zu seiner Blüthe bedarf, was ihm unentbehrlich ist, um seinen hohen Rang als Welthandelsstadt und wichtigsten Exportplatz Deutschlands zu behaupten, Das gewährt ihm mit Fug und Recht das Reich. Es verbleibt Hamburg ein zur Erfüllung dieser Stellung völlig ausreichendes Freihafengebiet, das die Norderelbe bei Hamburg, den Hafen, die Quaianlagen und einen von Hamburg noch näher zu bestimmenden Theil seines Gebietes umfaßt. In dieses Freihafengebiet für Großhandel und Weltverkehr passiren Seeschiffe am Tage mit der Zollflagge, des Nachts mit einer aufgehißten Laterne, um dort frei zu löschen und zu laden und ohne Zollcontrole frei zu verkehren. Dieses Gebiet wird unter den Schutz eines neuen Artikels der Reichsverfassung gestellt und verbleibt in alle Ewigkeit Freihafen. Der Eintritt Hamburgs erfolgt nach dem 1. Oktober 1888. Der Zollanschluß soll 90 Millionen kosten, wovon das Reich 40, Hamburg 50 beiträgt. Ueversteigen die Kosten 90 Mill., so hat Hamburg das Plus zu tragen. Es ist ein hoher Preis, den Deutschland für Erringung seiner wirthschaftlichen Einheit zahlt. Sei es darum! Ein großer Erfolg ist erzielt, Bismarck hat einen glänzenden Sieg erfochten. Ehre auch dem Hamburger Senat, der inmitten der hochgehenden politischen Leidenschaften Besonnenheit genug behielt, die wahren Interessen seiner Heimath zu wahren und sie mit denen des Gesammtvaterlandes zu versöhnen. Bismarck würde den Hanseaten noch weitere Zugeständnisse gemacht haben, hätte ihnen nicht Eugen Richter und der Hamburger Abg. Wolffson mit ihrer plumpen Einmischung die Suppe versalzen. Diese Herren haben mit ihrem überstürzenden Eifer effektiv den Hamburgern geschadet. Sie müssen sich nun dafür noch auslachen lassen. Ihr unnöthiges Hineinquirlen hat dem Reichstage zwei volle Arbeitstage von seiner ohnehin knappen Zeit gekostet. Die Scham über seine Blamage sollte Eugen Richter abhalten, auf diesem Reichstage überhaupt noch einmal das Wort zu nehmen. Der Vertragsabschluß hat ferner auch das wenig erbauliche Schauspiel beendet, daß der Bundesrath hinausläuft. Es erhöht seine Würde nicht, daß man sein Wiedererscheinen im Sitzungssaale mit Gelächter und Halloh begrüßt. Noch steht die Genehmigung des Vertrages durch die Hamburger Bürgerschaft aus. Doch ist an derselben wohl kein Zweifel erlaubt. Die Hanseaten müssen doch auf die Wünsche und Interessen des binnenländischen Gewerbefleißes Rücksicht nehmen. Die deutschen Industriecentren erheischen den Eintritt Hamburgs in den Zollverein. Die Hanseaten zahlten bisher viel zu geringe Entschädigungen für ihren freien Bezug von Colonialwaaren und ausländischer Industrieprodukte. Wesentlich zum Schutze mit für den Handel der Hansestädte baute und unterhält Deutschland seine kostspielige Flotte. Ist das nicht auch ein Opfer von dort werth? Noch vor wenig Jahrzehnten zahlte Hamburg den nordafrikanischen Berberesstaaten dafür, daß diese Piraten die unter Hamburger Flagge segelnden deutschen Schiffe nicht plünderten, schwere Jahrestribute; der Dey von Algier, die Bey's von Tunis und Tripolis, der Kaiser von Fez und Marokko erhielten von Hamburg Abstandssummen. Diese Zeiten liegen, Gott Lob, hinter uns. Jetzt schützt Deutschlands Marine auch die Hamburger Kauffahrteiflotte in allen Meeren. Hamburg hat nie einen Pfennig zum Unterhalte aller der deutschen Universitäten beigesteuert, auf denen seine künftigen Senatoren, Richter, Rechtsanwälte, Geistlichen, Aerzte und Gelehrte ausgebildet werden. Göttingen, Heidelberg, Bonn, Kiel, Leipzig und Berlin empfingen stets mit Freuden die wißbegierigen hanseatischen Jünglinge; aber den Hauptnutzen hatten von diesem Verhältnisse doch die Hansestädte selbst. Auch dieses Verhältniß sollte die Bürger der Seestädte mahnen, eingedenk zu sein, daß die Wohlthaten, die ihnen das große Vaterland bietet, auch Pflichten gegen dasselbe auferlegen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 28. Mai.

Berlin. Reichstag. Die Berathung über die Stempelsteuer wird fortgesetzt. Die Kommission hat den Steuersatz für Schlußnoten und Rechnungen (über Wechsel, ausländische Banknoten und Papiergeld, Aktien, Staats- und andere für den Handelsverkehr bestimmte Papiere) auf 10 Pfg., für Zeitgeschäfte auf 1/10 pro Mille festgesetzt. Frhr. v. Lerchenfeld will die Börse schärfer heranziehen und beantragt, Schlußnoten und Rechnungen mit 20 Pfg., Zeitgeschäfte mit 1 Mk. zu besteuern. v. Wedell will sowohl für das Comptant- wie für das Zeitgeschäft eine prozentuale Steuer und zwar für Schlußnoten und Rechnungen 1/20, für Zeitgeschäfte 2/10 pro Mille. Hermes möchte sich dem kleinen Mann verbinden und verlangt Steuerbefreiung von Geschäften, deren Werth unter 500 Mark ist. Graf v. Droste vom Centrum entgegnet darauf: es wäre ihm schon lieber, wenn das Börsengeschäft auf gewisse Kreise beschränkt bliebe; kleine Leute thäten besser, ihr Geld auf den Sparkassen anzulegen. Sonnemann, Bamberger ꝛc. sind mit der vorgesehenen periodischen Prüfung der stempelpflichtigen Schriftstücke der öffentlichen und Aktiengesellschaften durch Beamte und der Verpflichtung dieser Gesellschaften zur Gestattung der Einsicht nicht einverstanden. Bundeskommissar Girth erklärt, daß die Regierung einer prozentualen Besteuerung der Schlußnoten und Rechnungen nach dem Antrage v. Wedell nicht entgegen sein würde, desto mehr eifert Sonnemann dagegen. Die Abstimmung ist sehr verwickelt und dauert 1½ Stunden. Da die Majoritäten immer sehr knappe sind (den Ausschlag geben zwei, drei Stimmen), so macht sich „Hammelsprung" nothwendig. Das Resultat ist kurz: der Steuersatz für Schlußnoten ꝛc. wird 5 Mal der Steuersatz für Schlußnoten ꝛc. wird auf 10 Pfennige, für Zeitgeschäfte auf 1/10 pro Mille und für Rechnungen ꝛc. ebenfalls auf 1/10 pro Mille festgesetzt. Befreit sollen sein Effektengeschäfte bis zu 300, Waarengeschäfte bis zu 1000 Mark. Dieses Ergebniß wird in 3. Lesung voraussichtlich noch eine Aenderung erfahren. Die Besteuerung der Lombardgeschäfte erregt eine kurze Discussion. Die Kommission will Lombarddarlehne ganz frei lassen, von Wedell 1/10 pro Mille auf jede gegen Verpfändung von Wechseln oder Werthpapieren dargeliehene Summe von 500 Mk. oder mehr legen. Es bleibt beim Kommissionsbeschluß. Den Quittungsstempel hat die Kommission gleichfalls abgelehnt. v. Kardorff ersucht die Regierung, die Quittungssteuer in der nächsten Session wieder einzubringen. v. Minnigerode schließt sich dem an. Rickert erklärt, die Linke würde gegen jede neue Steuer stimmen, so lange nicht feststehe, welche lästige Steuer dafür abgeschafft werden solle. Richter-Hagen: Die Quittungssteuer ärgere besonders den kleinen Mann, der nun wohl wissen werde, was er von der Partei der Herren von Kardorff und von Minnigerode nach den Wahlen zu erwarten habe. Windthorst ablehnt heute und immerdar jede Quittungssteuer, weil dieselbe unzweckmäßig sei. Das Centrum habe Einiges aus der Stempelsteuervorlage acceptirt, um in das Verhältniß der Belastung des immobilen und des mobilen Kapitals einen Ausgleich zu bringen. Nachdem sich noch die Abgeordneten Richter und Rickert einer- und v. Minnigerode und v. Kardorff andererseits einige Malicen angehängt, wird der Quittungsstempel verworfen. Bloß Graf Bismarck, der Sohn des Reichskanzlers, stimmt dafür. Richter und v. Puttkamer-Lüben streiten sich über eine Wahlrede des Letzteren, worin von im Thiergarten wohnenden Raudrittern die Rede gewesen. Richter hält das für Judenhetze, Puttkamer nicht. Die Lotteriesteuer (5%) wird genehmigt. (Wohlthätigkeitslotterien bleiben frei.) Nach der Vorlage soll der Ertrag der Stempelsteuer den einzelnen Bundesstaaten überwiesen werden. Stephani-Leipzig erklärt, wenn das angenommen würde, müßten die Nationalliberalen gegen das ganze Gesetz stimmen. Der betreffende Passus wird darauf angenommen. Die Kommission beantragt noch: den Reichskanzler zu ersuchen, auf Aufhebung der noch bestehenden Staatslotterien der Bundesstaaten hinzuwirken. Stumm ist dagegen, Sonnemann und Richter dafür. Letzterer meint, die Lotterien wären freilich noch das einzige Mittel, für den „armen Mann" bei der heutigen Wirthschaftspolitik noch zu etwas zu kommen. Abstimmung findet erst in dritter Lesung statt.

Berliner Börse. Stillstand ist Rückgang. Die Course schwächten sich, namentlich auf dem Spekulationsgebiete, ab und das Geschäft hatte ein ruhigeres Aussehen. Am Schluß trat die weichende Tendenz noch schärfer hervor. Creditactien 7, Ungarische 3, Franzosen 2 Mk. schlechter. Bahnen behaupteten sich sehr gut und zogen sogar theilweise etwas an. Von österreichischen waren Nordwestbahn und Galizier lebhaft bevorzugt. Oesterr. Prioritäten geschäftslos. Banken, mit Ausnahme der leitenden, still. Discontogesellschaft 1½, Deutsche Bank 1 Proc. niedriger. Von Sächs. Bankwerthen gaben Dresdner, Junge und Alte, und Leipz. Credit etwas, Leipz. Discconto 1¼ Proc. an; Chemnitzer Bankverein — 1½ Proc. Fonds wenig verändert, Russen schwächer. Bergwerke auf Grund günstiger Glasgow-Meldungen besser; Laura und Dortmunder je 1 Procent höher. Industrien meist behauptet. Sächsische Nähfaden + 1 Proc.

Lokales und Sächsisches.

— Archivrath Dr. Otto Posse erhielt das Ritterkreuz 1. Kl. des herzogl. Sachsen-Ernestinischen Hausordens.

— Nach glücklicher Beendigung seiner Badekur in Teplitz ist der Herr Premier- und Kriegsminister v. Fabrice wieder in Dresden eingetroffen. Die Nachkur wird Se. Excellenz dem Vernehmen nach auf der so herrlich gelegenen Villa des Herrn Baron v. Müller an der Moordgrundbrücke in Loschwitz abhalten.

— Die Landessynode berieth gestern in 2. Lesung die Trauordnung. Auf Antrag des P. Schmeitzer wurde die Aufnahme des Namens der Mutter der zu Trauenden im Trauscheine für erforderlich erklärt. Der wichtige § 19, welcher die Trauungshindernisse exemplificirt, wurde gegen 15 Stimmen in der Fassung der 1. Lesung beibehalten; es kommt also eine Aufzählung der einzelnen Fälle in das Gesetz, wo ein die Verzagung der Trauung begründendes öffentliches Aergerniß seitens des Geistlichen angenommen wird. Bei § 20 wird nach warmen Worten der Professoren Baur und Fricke der Antrag Professors Dr. Luthardt angenommen, wornach eine Mitwirkung des Kirchenvorstands bei der Versagung der Trauung erforderlich ist. Man will auf diese Weise das Amt eines Kirchenvorstands heben. Die ganze Trauordnung findet schließlich Annahme gegen die 5 Stimmen der Herren Haberkorn, Höffner, Koch, Seydel und Sulze. Sodann wird beschlossen, eine Petition des P. Richter in Leutewitz, den Pfarrwahlmodus betreffend, dem Kirchenregimente zur Erwägung zu überweisen. P. Leonhardt verwendet sich dafür, daß die Präsentation der Kollatoren nicht gleichzeitig, sondern in gemessener Aufeinanderfolge stattfinden solle, wodurch persönliche Kollisionen vermieden würden. Bürgermeister Haberkorn spricht sich entschieden gegen die Petition aus. Er sei gegen jede verdeckte Beeinflussung der freien Gemeindewahl; er kenne nur diese, und wenn man sie nicht mehr wolle, so möge man nur gleich ein- für allemal die Vergebung der Pfarrstellen dem Landeskonsistorium überlassen. Eine Petition des P. Zehme in Briesnitz u. Gen. über Kirchenzucht wird für erledigt erklärt. Ref. Dr. Luthardt spricht sich hierbei sehr abfällig über die Tendenz der Petition aus, indem er zugleich den Satz vertheidigt, daß die alten kirchengesetzlichen Bestimmungen in Betreff der Kirchenzucht zum Schutze der göttlichen Ordnung da seien und deshalb nicht beseitigt werden dürften. Der feierliche Schluß der Landessynode soll durch die in Evangelicis beauftragten Staatsminister Mittwoch früh 10 Uhr erfolgen.

— Mit furchtbarer Gewalt stürzte gestern Mittag in der Zeit von 12 bis gegen 2 Uhr Gewitterregen — man sagt eine Wasserhose — über den Plauenschen Grund. Hatten die Felder schon durch den Regen die Tage daher gelitten, so wurde gestern das Meiste, was menschlicher Fleiß geschaffen, in kurzer Zeit zerstört und unberechenbarer Schaden angerichtet. Die Ortschaften Kleinnaundorf, Neu-Pannewitz, Niederhäslich, wie namentlich auch Potschappel scheinen am schwersten betroffen. Ihre Thallage machte ein Zusammenströmen des Wassers möglich, das in wilden Fluthen durch die Dorfstraßen rauschte und auf seinem Wege die verschiedenartigsten Gegenstände, selbst Schuppen, kleine Ställe ꝛc., sowie Thiere mit fortriß. Die am Anfang von Kleinnaundorf stehenden Häuser, sowie der Gasthof standen mit ihren hinteren Fronten buchstäblich tief im Wasser, die Gartenein-friedigungen sammt Säulen und Grundmauern wurden fortgerissen. Kalte Blitzschläge erfolgten auf dem Segen-Gottes-Schachte und in Neu-Pannewitz in ein Freiherrlich von Burgk'sches Haus; in Niederhäslich soll der Blitz auch gezündet haben. Der Eisenbahnverkehr war vorläufig vollständig unterbrochen, die Gleise mit Kies und Steinen meterhoch überschüttet, sowie auch der Bahnhof Potschappel völlig überflutet. Der um 1 Uhr vom böhmischen Bahnhof abgelassene Lokalzug nach Tharandt blieb zwischen Hainsberg und Deuben in der Fluth stecken, und der sonst um 2 Uhr 31 Min. von Chemnitz hier ankommende Zug traf nicht ein. Dieser sowohl, wie der um ½5 Uhr in Dresden eintreffende waren in Tharandt